

Bern, 18. Februar 2016

An ausgewählte Medien
(mit der Bitte um Veröffentlichung)

Die ordentliche schweizerische Herbstversammlung der Schweizer Demokraten (SD) hat folgende Parolen für die eidgenössischen Abstimmungen vom 28. Februar 2016 beschlossen:

Ja zur Volksinitiative „Für Ehe und Familie – gegen die Heiratsstrafe“:

Die Initiative verlangt, dass bei der direkten Bundessteuer sämtliche Benachteiligungen von Ehepaaren gegenüber unverheirateten Konkubinatspaaren aufgehoben werden. Zurzeit betrifft dies etwa 80'000 Zweiverdienerhepaare und zahlreiche verheiratete Rentnerpaare. Für diese Diskrepanz auszugleichen, stehen zwei mögliche Berechnungsvarianten zur Verfügung, wobei der Initiativtext deren Wahl offen lässt. Dabei ziehen die Schweizer Demokraten (SD) die sogenannte alternative Steuerberechnung vor, zumal dieses Modell die tiefsten Steuerausfälle zur Folge hätte. Des Weiteren sieht das Begehren ebenfalls eine Anpassung bei den Sozialversicherungen vor. Ein unverheiratetes Paar erhält zwei volle AHV-Renten (200%), ein Ehepaar muss sich dagegen mit einer plafonierten Rente (höchstens 150%) begnügen. 86% aller verheirateten Paare werden hierbei diskriminiert, wobei Zusatzleistungen für Witwen und Witwer nur bei einem Todesfall eine kompensierende Wirkung aufweisen. Die steuerliche Gleichstellung der Zivilstände (Abschaffung der Heiratsstrafe) erachten die SD als erstrebenswert, sodass zur Vorlage die Ja-Parole gefasst wurde.

Ja zur Volksinitiative „Zur Durchsetzung der Ausschaffung krimineller Ausländer (Durchsetzungsinitiative)“:

Nachdem die eidgenössischen Räte die im Jahr 2010 vom Stimmvolk angenommene Ausschaffungsinitiative nicht dem Wortlaut entsprechend umsetzten, reichten die Initianten diese Durchsetzungsinitiative ein. Das Begehren verlangt einen zwingenden Landesverweis für ausländische Staatsbürger, welche etwa die öffentliche Ordnung schwerwiegend gefährden oder im grossen Stil staatliche Gelder unrechtmässig beziehen. Zudem sollen ausländische Wiederholungstäter (innerhalb von zehn Jahren), die sich beispielsweise in der Öffentlichkeit oder gegenüber Behörden gewalttätig verhalten, ausgewiesen werden. Im Gegensatz zur parlamentarischen Version ist jedoch eine Härtefallklausel nicht vorgesehen, zumal man mit diesem Instrument die Hürde für einen Ausschaffungsentscheid unverhältnismässig hoch ansetzen würde. Eine ausreichende gerichtliche Beurteilung garantiert die Bundesverfassung. Auch darf dem Täter keine Gefahr im Sinne des zwingenden Völkerrechts drohen. Für die Schweizer Demokraten (SD) hat eine adäquate Berücksichtigung des Volkswillens oberste Priorität. 73% aller Gefängnisinsassen besitzen keinen Schweizer Pass. In den letzten Jahren schafften die Behörden lediglich 500 straffällige Personen aus, wobei es sogar mit der aktuellen Gesetzgebung deren 4'000 sein müssten. Daher fordern die SD einen

längst fälligen echten Opferschutz, weshalb zur Vorlage die Ja-Parole beschlossen wurde.

Ja zur Volksinitiative „Keine Spekulation mit Nahrungsmitteln!“:

Die Initiative will spekulative Finanzgeschäfte, welche sich auf Agrarrohstoffe oder Nahrungsmittel beziehen, vollumfänglich verbieten. Davon betroffen wären Finanzinstitute und Versicherungen mit Sitz oder Niederlassung in der Schweiz sowie auch Privatpersonen. Geschäfte mit spezifischen Finanzinstrumenten zum Ausgleich realer Schwankungen zwischen Angebot und Nachfrage sind weiterhin möglich. Jedoch existiert ein rein spekulativer Handel mit denselben produktbezogenen Derivaten, sodass die Dynamik solcher Käufe die Lebensmittelpreise exorbitant ansteigen lassen kann. Gemäss wissenschaftlichen Studien hängen 60 – 70% aller Preisänderungen mit den Aktivitäten der Spekulanten zusammen. Folglich können sich die Menschen in den Entwicklungsländern die verteuerten Nahrungsmittel nicht mehr leisten. Hunger und Armut wiederum erzeugen in den Industriestaaten wie der Schweiz weitere Migrationswellen. Für die Schweizer Demokraten (SD) stellen solche Börsengeschäfte einen Exzess der deregulierten Weltwirtschaft dar. Etliche Finanzdienstleister und Pensionskassen verzichten bereits heute auf diese Spekulationsgeschäfte. Entsprechende Massnahmen wie in anderen Ländern sind ohne weiteres realisierbar, weshalb die SD die Ja-Parole gefasst haben.

Nein zur Änderung des Bundesgesetzes über den Strassentransitverkehr im Alpengebiet (Sanierung Gotthard-Strassentunnel):

Um den im Jahr 1980 eröffneten Gotthard-Strassentunnel zu sanieren, wollen Bundesrat und Parlament eine zusätzliche Tunnelröhre errichten. Die Gesamtkosten belaufen sich auf ca. 2,8 Milliarden Franken, was den finanziellen Aufwand gegenüber der alternativen Verladelösung ohne zweite Röhre um ein Mehrfaches übersteigt. Zudem nimmt am Gotthard die Zahl der Transportfahrzeuge seit über 20 Jahren kontinuierlich zu, sodass die verfassungsmässige Höchstlimite von 650'000 Lastwagen ohnehin längst überschritten ist. Obwohl die beiden Tunnels in Zukunft lediglich einspurig befahren werden dürften, wäre aufgrund dieses zunehmenden Verkehrsaufkommens auch mit Druck von Seiten der EU zu rechnen. Man hätte eine reale Kapazitätserweiterung auf vier Spuren, die dann plötzlich infolge übergeordneten europäischen Interessen (weitere Zunahme des Nord-Süd-Transits) zur Verfügung gestellt werden müsste. Die Schweizer Demokraten (SD) stellen sich vehement gegen jede weitere Verwässerung des vom Stimmvolk angenommenen Alpenschutzartikels. Mithilfe von Verladeanlagen lässt sich ein Grossteil des Transitverkehrs durch den neuen Gotthard-Basistunnel (Bestandteil der NEAT) führen. Für Personenwagen bestünde ebenfalls ein Bahntransport. Die Weiterführung einer grösstmöglichen Verlagerung auf die Schiene wird nur ohne zweite Gotthardröhre sichergestellt, weshalb die SD die Nein-Parole gefasst haben.

Herbstversammlung der SD Schweiz